Knechtende Paragrafen

Anti-Konversions-Gesetz in Indien grassiert

In Indien gibt es ein strenges Anti-Konversionsgesetz.
Quelle: Wikimedia / Yann (talk) /CC BY-SA 4.0

In der grössten Demokratie der Welt wird Vielfalt kleingeschrieben: Zwei Christen wurden wegen eines Gebets (!) im Bundesstaat Uttar Pradesh verhaftet – die Grundlage dazu bietet das Anti-Konversionsgesetz.

Pastor Arun Kumar und Pastor Ram Tahal versammelten sich am Silvesterabend zusammen mit etwa 100 Gläubigen in Ram Charan Ka Purwa im indischen Bundesstaat Uttar Pradesh zum Gebet – dem indischen 200-Millionen Staat, in welchem der Taj Mahal steht. Während die Gebetsveranstaltung lief, meldete sich Hindu-Extremist Arvind Kumar Pandian bei der Polizei und behauptete, dass eine Zwangsbekehrung stattfände. Die Polizei fuhr vor und verhaftete Kumar und Tahal.

Missbräuchliches Gesetz

Die Polizei verhaftete die beiden Pastoren auf der Grundlage des Anti-Konvertierungs-Gesetzes. Diese wurde 2021 in Uttar Pradesh eingeführt und untersagt Religionskonversion durch Gewalt oder das Locken mit ökonomischen Vorteilen. So löblich die Paragrafen klingen, so missbräuchlich werden sie seit der Einführung ausgelegt, um bereits diskriminierte, religiöse Minderheiten weiter einzuschränken.

In seiner Beschwerde behauptete Pandian, dass sich Hindus in der Nähe des Hauses von Kumar versammelt hätten. Weiter wollte er gesehen haben, dass Kumar und Tahal den Hindus von ihrem christlichen Glauben erzählten.

Räubergeschichte führt hinter Gitter

Er beteuerte, dass die beiden die Zuhörer mit verschiedenen Verlockungen zum Christentum ziehen wollten. Darüber hinaus wollte er festgestellt haben, dass dies die Dorfbewohner wütend gemacht habe und dass daher ein Verfahren gegen die beiden wegen illegaler Massenbekehrungen eingeleitet werden sollte.

Die Polizei reagierte auf Pandians Räubergeschichte und verhaftete nicht etwa den Verleumder, sondern Kumar und Tahal wegen «unrechtmässigen Bekehrungen» und schickte sie ins Gefängnis.

Zwölf indische Staaten mit Anti-Konvertierungsgesetz

Mittlerweile verfügen zwölf von 28 indischen Bundesstaaten über ein Anti-Konvertierungs-Gesetz. In chronologischer Reihenfolge: Odisha (seit 1967), Madhya Pradesh (1968 / 2021 verschärft), Arunachal Pradesh (1978), Chhattisgarh (2000), Gujarat (2003 / 2021 verschärft), Himachal Pradesh (2006), Jharkhand (2017), Uttarakhand (2018), Himachal Pradesh (2019) Uttar Pradesh (2021), Haryana (2022) und zuletzt Karnataka (2022 / im Jahr 2023 diskutierte die neue Regierung über eine Aufhebung).

Zum Thema:
Indien: zunehmend intolerant: Aufhebung «drakonischer Anti-Konversionsgesetze» gefordert
Religionsfreiheit: Indischer Bundesstaat will Anti-Konversionsgesetz kippen
Glaube wächst in Nepal: Starkes Wachstum durch Wunder

Datum: 23.01.2024
Autor: Daniel Gerber
Quelle: Livenet / Christian Today

Tags
Asien
Politik
Verfolgung